

Jeder hat seinen Blues – Anmerkungen zu „Profil und Konzentration“ (PuK) – Newsletter November 2017

Warum – das haben schon viele angemerkt – wurden die Ergebnisse der neuesten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung kaum berücksichtigt? Nach dieser Untersuchung müssten die parochial verfassten Ortsgemeinden der Ausgangspunkt für eine Kirchenreform sein.

Von Dr. Gerhard Schoenauer

Jede hat ihre eigene Geschichte. Jeder hat seine eigene Vorstellung, wie Kirche aussehen soll. Jede hat ihren eigenen Traum von Kirche und Gemeinde. Jeder kennt auch den Kampf um seine Kirche und das Leiden an seiner Kirche. „Jeder hat seinen Blues“.[1]

Darum ist es zu begrüßen, dass die Verantwortlichen für das Strategiepapier „Profil und Konzentration“ eine breite Diskussion wünschen, eine Beteiligung an diesem Prozess.[2] Dem wollen wir gerne nachkommen – konstruktiv, aber auch mit vielen Fragen.

Durchaus positiv und ganz im Sinne des Gemeindebundes sind Aussagen des Strategiepapiers wie:

- „Kirche muss vom biblischen Auftrag her gedacht werden.“
- geistliche Profilierung: „Die ELKB lebt aus der Gegenwart des gekreuzigten und auferstandenen Christus in Wort und Sakrament.“
- die Nähe zu den Menschen: „(...) dass die Kirche heute verstärkt dorthin gehen muss, wo die Menschen leben.“
- Blick auf die einzelne Gemeinde: „Die Gemeinden werden ihre Funktion behalten als stabile Präsenz vor Ort.(...) Angeordnete Fusionen oder Ähnliches soll es nicht geben.“
- Völlig korrekt wird – endlich! – nach „Analyse der bisherigen Prozesse zur Kirchentwicklung“ festgestellt, dass diese „(...) zu sehr beschreibend und auf Einigkeit zielend (waren) und daher zu wenig Wirkung entfaltet.“ (1.2) Das sind dürre Worte dafür, dass man Millionen in den Sand gesetzt hat, aber immerhin.
- Zu begrüßen ist auch, dass die ursprüngliche Einleitung zu dem Strategiepapier von der Landessynode nicht übernommen wurde. Der Gemeindebund hat alle Synodalen dazu aufgefordert. In der ursprünglichen Fassung wurden parochiale Gemeinden als ein überaltertes Auslaufmodell charakterisiert: „.die parochiale Gemeinde ist in ihrer oft statischen selbstbezogenen Organisation zu wenig einladend und entfaltet Bindung vor allem nach innen.“

Es ließen sich noch mehr Punkte finden, denen wir gerne zustimmen könnten, die freilich auch verschiedene Auslegungsvarianten und Lesarten zulassen. Das Papier ist so weit gefasst, dass sich viele Anliegen unterschreiben lassen. Jeder hat seinen Blues. Das mag für eine Diskussionsgrundlage auch hilfreich sein. Aufs Ganze gesehen allerdings, wird eine Richtung vorgegeben, die viele kritische Fragen aufwirft:

- Das Strukturpapier „Profil und Konzentration“ atmet den Geist eines Pro-Existenzdenkens. Eine kleine Gruppe entwirft ein neues Kirchenmodell, weiß, was für andere gut ist und was nicht und entscheidet, wie die Zukunft der Kirche aussehen soll. Die Beteiligung ist zwar erwünscht, aber wichtige Pfeiler sind schon fest eingerammt und es geht mehr um die Umsetzung eines Programmes als um dessen Ausrichtung. Die Gemeinden werden zum Objekt der Fürsorge, aber nicht zu gleichwertigen Partnerinnen. Es wäre sinnvoll gewesen, zunächst einmal die Gemeinden zu fragen, was sie für ihren Dienst und ihre Arbeit benötigen und sie auf diese Weise bei der Entstehung dieses Papiers mit einzubeziehen. So hätte man verhindern können, was die Gemeinde unter die Herrschaft vorgedachter Pläne bringt und ihr vorschreibt, wie sie in Zukunft arbeiten soll. PuK soll unter breiter Beteiligung durchgeführt werden, ergebnisoffen. Let-

ztlich aber jedoch steht eine bereits fertige Konzeption dahinter, was vermuten lässt: Es handelt sich entgegen aller Beteuerungen um einen Top-Down-Prozess. Andere Kirchenmodelle, die es durchaus gibt, kommen nicht den Blick. Warum, so fragen wir weiter, wurden bei der Erstellung des Papiers nicht Vertreter der theologischen Fakultäten mit einbezogen?

- Die Sprache suggeriert zwar den großen Sprung, die Neuausrichtung aller Arbeitsformen in der ganzen Kirche und die entsprechende strategische Verteilung der Ressourcen. Gleichzeitig steht aber der funktionale Bereich gar nicht zur Disposition. Die bestehende Benachteiligung der Gemeindeebene wird festgeschrieben, indem man sich die Kritik daran auch noch vom Hals schafft bzw. die Verantwortung und den Diskurs auf die mittlere Ebene verschiebt. Man scheut die Vielfalt und Diversität, ändert wenig an der Verteilung der Macht, nichts an der des Geldes. Man legt erneut das Gewand des Modernisierers an und zementiert ganz konservativ die zentralistischen Steuerungsmechanismen der Institution.
- Die in diesem Papier sehr verbreitete apodiktische Sprache (muss, soll) kann so gedeutet werden: Hier wird eine Kirche neu gebaut. Die Mahnung von Dietrich Bonhoeffer könnte uns alle da sehr viel behutsamer sein lassen: „Kein Mensch baut die Kirche, sondern Christus allein. Wer die Kirche bauen will, ist gewiss schon am Werk der Zerstörung; denn er wird einen Götzentempel bauen, ohne es zu wollen und zu wissen. Wir sollen bekennen – ER baut. Wir sollen verkündigen – ER baut. Wir sollen zu ihm beten – ER baut. Wir kennen seinen Plan nicht. Es ist ein großer Trost, den Christus seiner Kirche gibt: Du bekenne, verkündige, zeuge von mir. Ich allein aber will bauen, wo es mir gefällt. Fahr mir nicht ins Regiment. Kirche, tu du das Deine recht, dann hast du genug getan. Aber tue es auch recht. Sieh nicht nach Meinungen und Ansichten, frage nicht nach Urteilen, rechne nicht immer wieder.“[3]
- Ich frage mich, wie weit ist dieser Prozess wirklich offen, wenn andere wichtige Prozesse wie z.B. „die Landesstellenplanung oder die Verwaltungsreform auf der gemeinsamen PuK- Strategie aufsetzen können oder diese bereits in Aspekten vorweggenommen haben“, wenn bereits finanzielle Mittel für die Umsetzung bereitgestellt werden, wenn die knappe Zeitschiene eine Beteiligung der Gemeinden nur schwer ermöglicht? Irgendwie ähnelt es auch der Geschichte vom Hasen und Igel. Die einen sind schon angekommen, beginnen schon den PuK-prozess umzusetzen, die anderen sind nicht einmal losgelaufen, haben noch keinerlei Kenntnis davon, in welche Richtung sie aufbrechen sollen.
- Am Anfang standen Kürzungen im Raum, dann kam PuK. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit Reformpapieren sind diese meist verbunden gewesen mit Kürzungen von Geldern und Personal im Bereich der Gemeinden.

Steckt das hinter dem Wort „Konzentration“?

- Warum – das haben schon viele angemerkt – wurden die Ergebnisse der neuesten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung kaum berücksichtigt? Nach dieser Untersuchung müssten die parochial verfassten Ortsgemeinden der Ausgangspunkt für eine Kirchenreform sein. Die Verbundenheit mit der evangelischen Kirche ist mit der Verbundenheit zur Ortsgemeinde gleichzusetzen, so fasst Gerhard Wegner, der Direktor des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD die Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen: „Damit ist die Kirchengemeinde – ganz nüchtern und rein faktisch konstatiert – nach wie vor die mit Abstand wichtigste Drehscheibe der Kirchenmitgliedschaft“.
- Auch Soziologen wie Dr. Maren Lehmann (Universität Erfurt) kommen auf gleiche Ergebnisse: „Was bleibt, und zwar im Wortsinne: was Bestand hat, allen Formalisierungsbemühungen zum Trotz, ist die variantenreich wildernde religiöse Kommunikation. Sie bleibt auch dann, wenn man darauf verzichtet, ihr durch konfessionelle, dogmatisch erfahrene Beobachter Orientierung und Verlässlichkeit zu geben. Die Gemeinde hat daher auf jeden Fall Zukunft. Die Mitgliedschaftskirche nicht.“[\[4\]](#)
- Was nun die Gemeinde betrifft, finden sich in PuK doch unterschiedliche und manchmal schwer einzuordnende Aussagen. Die Gemeinden sollen ihre Funktion als stabile Präsenz vor Ort behalten, andererseits müssen sie eine Organisationsgröße haben, die der Raumlogik von PuK entspricht, also größere Pfarreien, Regionen, fusionierte Gemeinden usw. Ein weiteres Beispiel: „Parochialgemeinden müssen sich als Teil von Handlungsräumen verstehen, die diese über die entsprechenden Gremien mitgestalten, dann aber auch an den verabredeten Schwerpunktsetzungen mitwirken.“ Einerseits werden die Offenheit, was ein Handlungsraum ist, welche Größe er hat usw. konstatiert, auf der anderen Seite doch wieder größere Einheiten beschrieben: „Es wird vorgeschlagen, den Begriff „Handlungsraum“ zu verstehen als den Dekanatsbezirk oder Teil eines Dekanatsbezirks oder Vielfaches von Dekanatsbezirken.“
- Fraglich erscheint uns auch, wie die Umsetzung auf mittlerer Ebene geschehen kann, wenn dem Stellenanteil des Dekans, der Dekanin bei der neuen Landesstellenplanung kein größeres Zeitbudget zur Verfügung gestellt werden soll. Das ist nur schwer mit der Vorgabe, gut, gerne und wohlbehalten in dieser Kirche arbeiten zu können, zu vereinbaren.
- Weitere Fragen werden hier nur kurz angerissen:
 - Immer wieder wird auf die Notwendigkeit von Kooperationsbereitschaft der Gemeinden verwiesen, auf Netzwerkbildung. Das ist zu begrüßen und geschieht vielerorts längst und in großem Umfang und viele arbeiten daran, dies auszubauen. Dafür braucht es kein Strukturpapier. Und wir

wissen alle, dass es immer Gemeinden geben wird, die nur ihren eigenen Kirchturm im Blick haben und eben andere, die darüber hinausschauen.

- „In den jeweiligen Räumen sollen Zentralkirchen identifiziert werden.“ Warum hat man nicht aus anderen Landeskirchen Erfahrungen gesammelt, in denen solch ein Unternehmen gescheitert ist?
- „50 % der Arbeitskraft Hauptamtlicher für die Kommunikation mit den bisher unerreichten Kirchengemeindegliedern soll sichergestellt werden.“ Dass dies längst geschieht und eine völlig überflüssige Feststellung ist, hat Ulrich Pschierer in seinem Artikel „die gärtnernde Kirche“ sehr deutlich beschrieben.[5] Religionsunterricht, Kasualien, Konfirmandenarbeit, Seelsorgebesuche, Grußworte bei Vereinsjubiläen, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in Kindertagesstätten und Diakonie erreicht Menschen weit über den Kreis der Hochverbunden hinaus.

Wir nehmen das ernst: Es soll ein offener Prozess sein und darum kann und darf auch ein anderes Kirchenmodell angedeutet und kurz umrissen werden. Jeder hat seinen Blues:

Die einzelnen Gemeinden bilden die Basis und sind die primäre Gestalt der Kirche (dafür lassen sich sowohl theologische wie soziologische Argumente finden). In den lateinamerikanischen Kirchen gibt es das Sprichwort. „Das universale Wort spricht nur Dialekt“. Die Verkündigung des Wortes von Angesicht zu Angesicht, das gemeinsame Feiern an einem Tisch (die diakonische Dimension der Gemeinde hat ihren Ursprung in der Tischgemeinschaft), die Not meines Nächsten, der in meiner Straße direkt vor meiner Haustüre anzutreffen ist – hier muss Kirche vor Ort sein, nicht in einem unbestimmten Raum. Eine Kirche der „Armen“, der Benachteiligten und Vergessenen, der Gescheiterten, der Alten und nicht Mobilien sollten wir bleiben und werden. Zentralkirchen und Kausalagenturen sind nicht die richtige Antwort. Die Nähe zu den Menschen braucht eine Kirche der „kurzen Wege“. Sehr große Gemeinden müssten geteilt und verkleinert werden. Die Zahl derer, die Verantwortung für die Gemeinde übernehmen, würde sich vergrößern, die Beteiligung vermehren. Zur Stärkung der einzelnen Gemeinden gehört auch eine neue Regelung des gesamten Finanzwesens. Die Entscheidung darüber, welche Projekte, welche übergemeindlichen Aufgaben finanziert werden, muss auf gemeindenaher Ebene getroffen werden. Die krautige Vielfalt, ein buntes Kaleidoskop der Gemeinden, die unter einem landeskirchlichen Dach aufblühen, sind ein großer Schatz der Kirche und der Ausgangspunkt für jede Kirchenreform. Jede Gemeinde hat eben ihren Blues. „Wer die Musik nicht hört, hält Tanzende für wahnsinnig“ (so der Schriftsteller Robert Menasse). Wenn irgendwo wieder einer das Klage lied über die so klein werdende Gottesdienstge-

meinde, über das schwindende Interesse an gemeindlichen Aktivitäten anstimmt und dafür die Enge parochialer Grenzen verantwortlich macht, sollten wir in aller Gelassenheit singen:

Verzage nicht, du Häuflein klein
obschon die Feinde willens sein,
dich gänzlich zu verstören,
und suchen deinen Untergang,
davon dir wird recht angst und bang;
es wird nicht lange währen. (EG 249/1)

Dr. Gerhard Schoenauer, Dekan Pegnitz, 1. Vorsitzender des Gemeindebundes Bayern V.i.S.d.P.: Gemeindebund Bayern

[1] Martin Luther King

[2] Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel in der Einbringungsrede der Bayerischen Landessynode: „Das vorgelegte Papier ist eine Diskussionsgrundlage. (...) Eine zweite Ebene der Weiterarbeit ist die Dialogarbeit in den Gemeinden.“

[3] GS IV 134,f

[4] Texte aus der VELKD, Nr.179, September 2017, S.9.

[5] Korrespondenzblatt, Nr.10 Oktober 2017, S. 170.

Der Newsletter als PDF

„Die Gemeinden sind momentan

die Verlierer“

Gemeindebund Bayern fordert mehr Mittel für die kirchliche Arbeit am Ort

epd-Gespräch: Helmut Frank

München (epd). Der Gemeindebund Bayern setzt sich für eine Stärkung der Kirchengemeinden am Ort ein. In einem epd-Gespräch erläutern der Pegnitzer Dekan Gerhard Schoenauer, 1. Vorsitzender des Netzwerks, und der Priener Pfarrer Karl-Friedrich Wackerbarth als 2. Vorsitzender die Anliegen und Ziele des Gemeindebundes. 41 Gemeinden sind Mitglied des Bundes, die bayerische Landeskirche umfasst insgesamt rund 1.540 Gemeinden.

epd: Den Kirchengemeinden in Bayern geht es doch ganz gut. Warum gibt es einen Gemeindebund?

Wackerbarth: Man muss es ganz klar sagen: Betriebswirtschaftlich stehen viele Gemeinden kurz vor der Pleite. Die vergangenen Jahre hat man die Finanzierung der Gemeinden aus dem Blick verloren, die schmalen Zuwächse sind ja unter Inflationsniveau geblieben. Gleichzeitig wurde eine Vielzahl an Aufgaben in die Gemeinde verlagert. Wir haben den Eindruck, dass unser Anliegen noch nicht überall durchgedrungen ist. Manche meinen, das sei Jammern auf hohem Niveau oder man müsse doch mehr auf das Ganze schauen. Aber das ist es nicht.



Dekan Dr. Gerhard Schoenauer

Schoenauer: Die Gemeinden sind momentan die Verlierer. Die sogenannten Schlüsselzuweisungen, von denen sie alles bezahlen müssen, gingen von ca. 38 Prozent der Kirchensteuereinnahmen auf 24 Prozent zurück.

epd: Nimmt man jedoch die Gehälter und die Versorgung der Pfarrer und Diakone dazu, sind es 67 Prozent des Kirchensteueraufkommens, das in den Gemeinden ankommt. Dazu kommen Zuschüsse bei Baumaßnahmen.

Schoenauer: Das reicht nicht. Die Konsequenz ist, dass die Gemeinden überall reduzieren müssen, bei Bürostunden, beim Hausmeister, beim Mesner, beim Kirchenmusiker. Ausgerechnet bei den Menschen, die das Gemeindeleben am Laufen halten. Und das, obwohl die Kirchensteuereinnahmen stetig gestiegen sind. Da gab es Zuwächse um 30 Prozent. Aber bald werden die Kirchensteuern zurückgehen.



Karl Wackerbarth

Wackerbarth: Das hören wir nun schon seit 30 Jahren, es gab aber stets Zuwächse, im Rahmen von 50 bis 60 Millionen. Das Verrückte: Mehr als ein Drittel der Einnahmen werden an den Gemeinden vorbei verteilt. Und die Synodalen machen sich keine Gedanken darüber. Das ist bitter!

epd: Wie sieht es konkret in Ihrer Gemeinde in Prien aus?

Wackerbarth: Von unseren 3.000 Gemeindegliedern in Prien zahlen etwa 1.000 Kirchensteuer. Nehmen wir einmal den bayernweiten Durchschnitt von rund 780 Euro pro Person, wären das – bezogen auf Prien – jährlich 780.000 Euro. Davon kommen aber nur 70.000 Euro in unsere Gemeinde zurück. Davon müssen wir – mit Ausnahme der beiden Pfarrer – das Personal und alles andere bezahlen: den Mesner, die Pfarramtssekretärin, den Hausmeister und den Kirchenmusiker. Dafür reichen die 70.000 Euro nicht.

epd: Der Gemeindebund fordert nun 25 Prozent mehr Geld für die Gemeinden.

Wackerbarth: Das ist mal ein Pflock, den wir jetzt einschlagen, das ist viel, aber nicht genug. Aber wir müssen ja auch mal Tacheles reden. Die Arbeit ist mehr geworden und die Ansprüche sind gewachsen. Ein Gemeindebrief muss heute bunt und professionell gemacht sein, sonst wandert er in die Tonne. Die Versorgung von Flüchtlingen kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Dann sind Aufgaben in der Ökumene dazugekommen, die Zielgruppenarbeit, zum Beispiel in einer Vielfalt von Gottesdiensten, die es früher nicht gab.

epd: Das sind Dinge, die auch Ehrenamtliche übernehmen können.

Schoenauer: Die Begleitung Ehrenamtlicher kostet aber auch Zeit und Geld.

Wackerbarth: Dann kommt ganz viel von der Landeskirche, wo es heißt: „Macht doch mal“: Leitbildentwicklung, Gemeindeentwicklung. Alles toll, aber was wird da alles investiert? Man hat nicht bemerkt, was dies auf Dauer an Arbeits- und Personalaufwand bedeutet. Das geht alles zulasten der Präsenz in der Gemeinde. Dazu gibt es immer mehr Vorgaben, was mit den Zuweisungen geschehen soll. Wir müssen zum Beispiel Geld zurücklegen für die Immobiliensicherung.

Schoenauer: Was ja auch sinnvoll ist, aber die Gemeinde Lindenhartd in

unserem Dekanat muss nach den Vorgaben die gesamte Zuweisung zurücklegen. Die haben ein großes Gemeindehaus, eine große Kirche, aber zum Leben nichts mehr. Wenn die nicht einen großen Wald hätten, von dem sie jedes Jahr was verkaufen könnten, dann könnten sie nicht mehr leben.

epd: Wo soll das Geld herkommen, was ist verzichtbar?

Wackerbarth: Das ist uns egal. Wir verstehen uns als Anwalt der Ortsgemeinden, unsere Stimme muss gehört werden. Wir wollen, dass die Kirche vor Ort wieder lebensfähig wird.

Schoenauer: Darum geht es. Die Gemeinde Lindhardt in unserem Dekanat Pegnitz muss nach den Vorgaben die gesamte Zuweisung zurücklegen. 14.000 Euro für den Gebäudeunterhalt, 4.500 Euro Pfarrhausrücklage, und sie bekommen 17.000 Euro als Schlüsselzuweisung. Von was sollen sie den Kirchenmusiker, Mesner etc. bezahlen?

epd: Die Landeskirche hat den Pfarrerbildprozess angestoßen, um die Pfarrer zu entlasten.

Schoenauer: Die Entlastung ist ernst gemeint, zum Beispiel bei der Weiterbildung der Pfarramtssekretärinnen zu Büroassistentinnen. Die können bald den Pfarrerinnen und Pfarrern viel mehr abnehmen. Da sind wir in Bewegung, aber die Aufgaben und Ansprüche nehmen weiter zu. Vor Ort brauchen wir auch die Mittel, um das umsetzen zu können.

epd: Was muss sich ändern?

Schoenauer: Der Pfarrerberuf muss auch wieder Freude machen. Pfarrer haben ein Standbein, das sind Gottesdienst, Seelsorge, Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen. Sie haben aber auch ein Spielbein, das sind ihre besonderen Fähigkeiten, die einfach oft zu kurz kommen. Ich habe einige Pfarrer im Dekanat, die am Rande ihrer Kraft sind. Und man sieht auch, dass der Nachwuchs ausbleibt.

Wackerbarth: Die Frage ist, wie wir unter dieser Belastung weiterhin die Verbundenheit zur Ortsgemeinde erhalten können. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Volkskirche in der Fläche sein wollen oder Zentren im Sinne des Konzepts „Kirche der Freiheit“ haben wollen. Beides geht nicht. Wir fühlen uns da von der Kirchenmitgliedschaftsstudie der EKD bestätigt. Da heißt es, dass die Bindung an die Kirche über die Ortsgemeinde geschieht.

epd: Was erwarten Sie vom Landesstellenplan 2020?

Schoenauer: Nur 72 Prozent der Pfarrer sind momentan im Gemeindedienst, da darf es keine weitere Reduzierung der Pfarrstellen bei den Ortsgemeinden geben. Natürlich muss man schauen, wo wie viele Gemeindeglieder sind, aber in einer vernünftigen Art und Weise. Wir sind gegen Fusionen, befürworten dagegen Kooperationen, die die Arbeit erleichtern. Was für Folgen das Zusammenlegen von Gemeinden hat, sieht man in den Landeskirchen, die sogenannte Zentren geschaffen haben. Die haben die Leute verloren, die nicht mobil sind: die Alten und die Schwachen, die Armen. Die fahren nicht 20 Kilometer zum Pfarrer. Da können wir uns so fortschrittlich geben, wie wir wollen – im Sinne des Evangeliums haben wir unser Ziel verfehlt.

epd: Was erwarten Sie noch?

Schoenauer: Dass auch die übergemeindlichen Angebote genau angeschaut werden. Der Stellenplan bei den Gemeinden orientiert sich ja an objektiven Fakten und Zahlen. Bei übergemeindlichen Angeboten findet das nicht statt.

Wackerbarth: Ein höchstes Ärgernis sind die Jugendkirchen. Leider wurden die Gemeinden nie so gut ausgestattet wie beispielsweise die Jugendkirche in Nürnberg. Wenn man die Schulgottesdienste abzieht, dann ist dort doch nicht mehr viel los, da sind an manchen Wochenenden weniger Gäste als Beteiligte da. Und ganz nebenbei geht die Jugendarbeit in den Nürnberger Gemeinden kaputt. Und weil keiner sich traut, das zu sagen, wird nun in München und Lindau derselbe Unsinn gemacht. Das darf doch nicht wahr sein!

epd: Ist in anderen Landeskirchen nicht alles viel schlimmer?

Schoenauer: Wir sind froh, in Bayern zu sein. Das EKD-Programm „Kirche der Freiheit“ wurde zwar auch in Bayern anfangs unterstützt. Die Gemeinden wurden als milieuverengend diffamiert, das empfanden wir als unfair. Auch deshalb wurde der Gemeindebund gegründet. Die neue Kirchenmitgliedschaftsstudie bestätigt unser Anliegen: Bindung an die Kirche geschieht im Wesentlichen über die Ortsgemeinde.

epd: Sie haben als Protestbewegung „Aufbruch Gemeinde“ begonnen, nun sind bei Ihren jährlichen Treffen regelmäßig auch Mitglieder des Landeskirchenrats beteiligt. Fühlen Sie sich vereinnahmt?

Schoenauer: Nein. Oberkirchenrat Hans-Peter Hübner als Verantwortlicher für

die Gemeinden ist immer dabei. Dadurch konnte in der Vergangenheit so manche falsche Entscheidung verhindert werden. Wir bekommen viel positives Echo, aber die Schwelle zum Beitritt ist bei den Gemeinden hoch. Eine gewisse Ängstlichkeit ist bei manchen da.

epd: Wie begeht der Gemeindebund 500 Jahre Reformation?

Wackerbarth: Für den 2. April planen wir einen Thesenanschlag an unsere Kirchentüren. Wir hoffen, dass unsere Anliegen diskutiert werden.
(00/3720/18.11.2016)

epd lbm as

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung es epd-bayern:
<http://www.epd.de/landesdienst/bayern/frontpage>

Das Interview im „Sonntagsblatt“:
http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016_47_04_01.htm

Lesen Sie auch die Antwort auf das Interview von OKR Dr. Hübner (Gemeindereferat der ELKB) im Sonntagsblatt:
http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016_49_11_01.htm

5. Aktionstag am 27. September 2014 in Nürnberg



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren des Kirchenvorstands, sehr geehrte Interessierte,

Wir dürfen Sie sehr herzlich zum Aktionstag des Gemeindebunds Bayern einladen. Im Gemeindebund Bayern sind derzeit ca. 35 Kirchengemeinden unterwegs mit dem Ziel, die Gemeinden vor Ort zu stärken, die Finanzierung der Gemeinden kritisch zu durchleuchten und neue Wege zu initiieren. Es ist uns ein Anliegen, theologisch über den zukünftigen Weg unserer Kirche nachzudenken und darüber miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir möchten ein Forum für die Gemeinden bieten, Lobbyarbeit für die Gemeinden leisten in Anlehnung an den Städtetag.

Gelegenheit zur Information und zum Gespräch bietet der Aktionstag am Samstag, den 27. September 2014 in Nürnberg, bei dem auch unser Landesbischof Prof. Dr. Bedford-Strohm, die Präsidentin der Landessynode Frau Preidel, sowie OKR Dr. Hübner vom Gemeindereferat anwesend sein und sich unseren Fragen stellen werden. Da neben den Mitgliedern des Gemeindebundes nur begrenzte Plätze zur Verfügung stehen, werden wir diese Plätze entsprechend dem Eingang der Anmeldung vergeben.

Alle Infos und Berichte finden Sie auf unserer Webseite:
<http://www.aufbruch-gemeinde.de/aktionstag5.htm>

Die Einladung als PDF:
<http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/einladung14.pdf>

Gegen zentrale Steuerungslogik

Unter diesem Titel erschien der Rückblick auf die dreijährige Arbeit des Forums Aufbruch Gemeinde im Korrespondenzblatt Nr. 6/2011. Dr. Herbert Lindner schrieb hierzu einen Leserbrief unter dem Titel „Zukunft der Gemeinde“ im Korrespondenzblatt Nr. 8/2011. Sein Vorwurf: „Eine einflächig gedachte und praktizierte »Beteiligungskirche« hätte nach allem was die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen zeigen, einen scharfen Rückgang in den Mitgliederzahlen und eine Milieuverengung innerhalb der verbleibenden Mitglieder zur Folge. Hier müsste sehr viel genauer nachgedacht und ekklesiologisch und kirchenpraktisch argumentiert werden. Kirchliches Handeln

muss »multifaktoriell« bleiben, denn es lässt sich eindimensional nicht optimieren.“

Johannes Taig antwortet Dr. Lindner im Korrespondenzblatt Nr 10/2011, S. 169f.:

Soziologie statt Theologie?

Dr. Lindners Kritik im Korrespondenzblatt Nr. 8/2011 stützt sich hauptsächlich auf der Vorwurf der „Eindimensionalität“ der Anliegen von Aufbruch Gemeinde: „Eine einflächig gedachte und praktizierte »Beteiligungskirche« hätte nach allem, was die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen zeigen, einen scharfen Rückgang in den Mitgliederzahlen und eine Milieuverengung innerhalb der verbleibenden Mitglieder zur Folge.“(S. 146) Mit Verlaub: Weder vertritt Aufbruch Gemeinde eine „einflächig gedachte Beteiligungskirche“, die Lindner offenbar als Gemeindeprofil versteht, noch kann man aus den Mitgliedschaftsuntersuchungen solche Schlussfolgerungen ziehen.

Grundlage seiner Argumentation sind die bisher vier Untersuchungen zur Kirchenmitgliedschaft, die, um es verkürzt zu sagen, ergeben hätten, dass die Ortsgemeinde sozusagen als Geburtsort der Kirchenmitgliedschaft zu gelten habe, die Kirchenmitgliedschaft im Weiteren aber durch allerlei andere „übergemeindliche“ Angebote gepflegt und stabilisiert werden müsse. Der moderne Mensch schwirre nun einmal herum und sei nicht auf die Ortsgemeinde festzulegen. Hieraus zieht Lindner direkt genauere Angaben, wie die Kirchensteuereinnahmen entsprechend auf die verschiedenen Bereiche und Ebenen der Kirche von der Ortsgemeinde bis zum landesweiten Dienst zu verteilen wären – also so ähnlich, wie dies heute bereits der Fall ist. Dies halte ich für wenig überzeugend.

Nicht nur weil theologische Gesichtspunkte hier durch vermeintlich eindeutige soziologische Befunde vollständig ersetzt und damit scheinbar überflüssig werden, sondern weil die soziologischen Befunde der bisherigen Untersuchungen keineswegs so eindeutig und vergleichbar sind, wie Lindner glauben machen will. Wer mehr hierzu lesen möchte, sei auf den Beitrag von

Jan Hermelink in dem von ihm zitierten Band „Kirchenreform“ (hrsg. von Isolde Karle, Leipzig 2009, ab Seite 143 ff) verwiesen. Hermelink weist dort unter der Überschrift „Kirche als Dachorganisation und Symbolisierung des Unverfügbaren“ darauf hin, dass der Einfluss „übergemeindlichen“ und „zielorientierten“ Handelns der „Kirche“ auf die Kirchenmitgliedschaft grundsätzlich überschätzt wird. Hermelink begründet dies ausdrücklich an den erhobenen Befunden.

In diesem Zusammenhang gehört auch, was Wolfgang Schoberth im gleichen Korr-Bl. (Nr. 8/2011) auf Seite 148 schreibt: „Es wäre freilich fatal, wenn hier die in Theologie und Kirche allerdings nicht selten anzutreffende Naivität ausschlaggebend wäre, die die religionssoziologischen Untersuchungen und Theorien für die Wirklichkeit selbst hält: Wie jede Wissenschaft liefert auch die Religionsforschung ein methodisch konstruiertes Bild der Wirklichkeit, nicht diese selbst; und dieses Bild ist wiederum abhängig von den Kategorien, die als analytische Leitsonden angewandt werden. Die theologische Analyse und das kirchenleitende Handeln kommen nicht darum herum, die soziologischen Forschungen noch einmal kritisch und innerhalb eines theologischen Referenzrahmens zu reflektieren. Dann freilich zeigt sich ein Bild, das von den gängigen pseudo-soziologischen Konstrukten theologischer Theoriebildung noch einmal gründlich unterschieden ist. Die theologisch wie empirisch entscheidende Frage ist die nach Kirchenstrukturen, die dem entsprechen, was als das Wesen der Kirche erkannt wird. Die Diskussion darum wäre allererst zu öffnen.“ (<http://aufbruch-gemeinde.de/wordpress/?p=279>) Für Lindner ist sie bereits erledigt!

Noch einmal: „Warum sollte die Kirche und warum sollten die an ihrer Gestaltung verantwortlich Beteiligten ein Interesse daran haben, sich in konkreten Gestaltungsaufgaben an dogmatischen Modellen der Kirche zu orientieren? Aus meiner Sicht zum einen deshalb, weil die Kirche nur in Orientierung an einer genuin theologischen Selbstbeschreibung ihrer Eigenart als religiöser Organisation entsprechen kann: Um festzuhalten, dass ihr primärer Referenzrahmen das gesellschaftliche Teilsystem „Religion“ ist – und nicht „Medien“ oder „Wirtschaft“ -, ist die Kirche darauf angewiesen, sich selbst (auch) religiös zu beschreiben und damit zugleich ihre Differenz zu anderen gesellschaftlichen Organisationen deutlich zu machen. Die Orientierung an dogmatischen Beschreibungen der Kirche scheint mir zum anderen notwendig zu sein, um inhaltlich begründet aus bestehenden Gestaltungsmöglichkeiten wählen und mit den normativen Implikationen nicht-theologischer Beschreibungen kritisch umgehen zu können. Um dies an einem Beispiel zu erläutern: Eine an Bonhoeffer anschließende dogmatische Beschreibung der

Kirche wird deren intrinsische Sozialität hervorheben und daher die Bedeutung von Ortsgemeinden unterstreichen, in der diese Sozialität in der realen Interaktion der Glaubenden Gestalt gewinnt. Eine an ihr orientierte Gestaltung der Kirche wird daher solche Gestaltungsmöglichkeiten ergreifen, durch die Ortsgemeinden mit ihren vielfältigen und oft unscheinbaren Möglichkeiten direkter Begegnung gestärkt werden. Und sie wird Tendenzen der Abwertung von Ortsgemeinden widersprechen, wie sie sich in „Kirche der Freiheit“ als Folge einer spezifischen nicht-theologischen Beschreibungen der Kirche als Organisation beobachten lassen. (Markus Höfner, Gegläubte und empirische Kirche, in: Isolde, Karle, Kirchenreform, aa0, S. 53 f)

Ich muss an dieser Stelle hoffentlich nicht noch einmal betonen, dass auch nach der Auffassung des „Forums Aufbruch Gemeinde“ kirchliches Handeln multifaktoriell bleiben muss und sich das Leben der Kirche nicht in den Gemeinden am Ort erschöpft. Umgekehrt gilt: Eindimensional wird das Leben der Gemeinden am Ort gerade dann, wenn diesen von der Zentrale die Aufgabe der „Grundversorgung“ und mithin die Aufgabe der Bewältigung des „grauen Alltags“ zugewiesen wird und alles, was an der Kirche toll ist und die Mitglieder bindet, angeblich von übergemeindlichen Diensten angeboten werden muss. Gerade Kirchengemeinden, die vonseiten der „Zentrale“ zur „Filiale“ degradiert werden, und deren Aufgabe mehr und mehr darin besteht, die Angebote von weiter oben nach unten zu kommunizieren, werden eindimensional! Die Entwicklung dahin ist weit fortgeschritten und tägliche Praxis, vom Immobilienmanagement bis zur Unterschriftenaktion zur Transaktionssteuer. Und wie viele Schreiben, die wichtige Entscheidungen für die Gemeinde beinhalten, gehen über den Schreibtisch mit dem Vermerk: „Der Beschluss des Kirchenvorstands wird nachgereicht.“ „Beteiligungsgemeinde“ meint eben nicht Uniformität im Sinne einer bestimmten Gemeindeprofilierung, sondern die grundsätzliche Möglichkeit, das eigene Gemeindeleben und damit die eigene Verkündigung aktiv zu gestalten und Eigenverantwortung zu übernehmen. Tatsache ist, dass Gemeinden, die auch in finanzieller Hinsicht mit dem Rücken zur Wand stehen, dazu immer weniger Möglichkeiten haben.

Dass Lindner die Schuld an dieser Situation ganz bei den Gemeinden sieht, die eben faul und egoistisch sind, statt zu fusionieren, bzw. zu kooperieren, kann von diesen schon als Spott und Hohn empfunden werden. Dort wird es vielerorts ein böses Erwachen geben, weil nun die Pfarrhausrücklage nicht länger durch Sonderzuweisungen abgedeckt wird, sondern voll auf den Haushalt durchschlägt. Zukünftig wird auch noch eine Gemeinderücklage für die anderen Immobilien gefordert, aber keiner hat bisher eine Idee, wovon die Gemeinden sie bilden sollen. Man kann den Gemeinden nicht ständig neue

Lasten zuweisen und auf der Einnahmenseite alles beim Alten lassen. Da wird "freiwilliges Engagement an Zeit und Geld", das es in den Gemeinden längst gibt, auch keine Wunder vollbringen können. Es war übrigens in den 70er Jahren eine kirchenpolitische Entscheidung, den Bauunterhalt nicht in den innerkirchlichen Finanzausgleich (Schlüsselzuweisung) einzupreisen, sondern bei der Zentrale zu lassen. Man kann ihn jetzt nicht einfach an die Gemeinden zurückgeben, ohne das Finanzierungssystem zu ändern.

Es wird nicht funktionieren, wenn Lindner meint, er könnte den Ortsgemeinden die zukünftige Marschrichtung „Konzentration und Kooperation“ mit dem Argument vorgeben, dass nur so die „Basisstruktur“ der Ortsgemeinde erhalten werden könnte. Organisationstheoretische, soziologische oder ökonomische Gründe werden nicht ausreichend sein können und dürfen (!) für eine Kirche, die sich als Kirche Jesu Christi versteht. Die Diskussion darum wäre allererst zu öffnen und sie wird sich auch nicht in gewohnt paternalistischer Manier beschränken lassen auf die Synode. In wessen Interesse wäre das denn? Der Gemeindebund Bayern (www.aufbruch-gemeinde.de), der am 4. Februar 2012 in Nürnberg gegründet werden wird, wird sich u.a. mit solchen Fragen befassen.

Pfr. Johannes Taig

Mitglied der Landessynode

Mitglied im Grundfragenausschuss